

BmG-Infobrief 02/2019

Burgwedel, den 17. April 2019

Frühjahrgutachten 2019: Langjähriger Aufschwung geht zu Ende

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute haben ihr Frühjahrgutachten mit dem Titel „Konjunktur deutlich abgekühlt – Politische Risiken hoch“ vorgelegt. Darin gehen sie für 2019 von einem deutlich gedämpften Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Höhe von real 0,8% aus; im Herbst 2018 war für 2019 noch ein Zuwachs von 1,9% prognostiziert worden. Dabei wirkt sich insbesondere die schwächere Industriekonjunktur im Zusammenhang mit geringeren Absatzerwartungen auf den Auslandsmärkten aus. Die Prognose unterstellt, dass ein „no deal“-Brexit noch verhindert werden kann; ein harter Brexit dürfte das Wirtschaftswachstum zusätzlich schwächen.

Auch 2019 dürfte sich die Entwicklung des Inlandsverbrauchs positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirken. So werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte aufgrund von Lohnsteigerungen und Entlastungen bei Steuern und Sozialversicherung voraussichtlich um 3,1% ansteigen. Für den privaten Konsum wird ein Plus von real 1,3% erwartet. Die Investitionen in Ausrüstungen dürften trotz eingetrübter Konjunkturaussichten um +2,1% zulegen, wofür etwa die immer noch hohe Kapazitätsauslastung und die günstigen Finanzierungsbedingungen sprechen.

Vergleichsweise schwach entwickelt sich hingegen die Expansion im Außenhandel (Exporte: +2,8%, Importe: +5,4%). Der Arbeitsmarkt steht weiterhin sehr gut da, wenn sich auch der Beschäftigungsaufbau abschwächt: Die Erwerbstätigkeit dürfte im Jahresdurchschnitt um gut 400.000 Personen auf 45,3 Mio. steigen, die Arbeitslosenquote wird sich im Jahresdurchschnitt von 5,2 auf 4,8% reduzieren. Die Lohnstückkosten werden 2019 aufgrund anziehender Löhne und Gehälter und einer schwächeren Entwicklung der Arbeitsproduktivität mit +3,3% voraussichtlich spürbar steigen. Die Expansion der Verbraucherpreise dürfte sich gegenüber 2018 auf 1,5% verringern.

Allerdings sehen die Institute das Jahr 2019 nicht als Beginn einer Rezession, sondern als konjunkturelle Delle: Für 2020 wird wieder ein kräftigeres Wachstum in Höhe von +1,8% erwartet, wobei die Erholung bereits im Jahresverlauf 2019 einsetzen dürfte. Allerdings bestehen erhebliche Risiken in Bezug auf die internationalen Handelsstreitigkeiten und die Durchführung des Brexit. Im nationalen Bereich stellt sich die Frage, inwiefern die bestehenden Schwierigkeiten in der Autoindustrie auf die konjunkturelle Entwicklung durchschlagen.

Die Bauwirtschaft sehen die Forschungsinstitute weiterhin auf Wachstumskurs:

„Die Bauinvestitionen expandierten im Jahr 2018 um 2,4%. Dazu haben alle Bausparten beigetragen (Wohnungsbau, gewerblicher Bau und öffentlicher Bau). Die Expansion ging mit einem kräftigen



Raiffeisenstraße 8
30938 Großburgwedel
Tel. 05139 9599-30
Fax 05139 9994-51
www.fachvereinigung-bmg.de
info@fachvereinigung-bmg.de

DEUTSCHE
BETONBAUTEILE

Preisanstieg einher; mit 4,8% wurde die höchste Zuwachsrate seit dem Jahr 2007 verzeichnet. Die dynamische Baukonjunktur wird sich im Prognosezeitraum angesichts prall gefüllter Auftragsbücher und einer anhaltend hohen Nachfrage nach Wohnraum wohl fortsetzen.

Die Wohnungsbauinvestitionen dürften im ersten Quartal erneut zugelegt haben. Allerdings liefern die Produktionszahlen ein gemischtes Bild: Während das Bauhauptgewerbe zuletzt deutlich nachgegeben hat, ist die Produktion im Ausbaugewerbe merklich gestiegen. Aufgrund des kräftigen Auftragszuwachses für Wohnungsbauprojekte zum Ende des vergangenen Jahres sowie der hohen Auftragsbestände bei anhaltend hohen Genehmigungszahlen ist aber mit einer Fortsetzung der Expansion zu rechnen. Gestützt wird sie durch den starken Zuzug in Ballungsgebiete, niedrige Hypothekenzinsen und steigende Einkommen der privaten Haushalte. Für die Jahre 2019 und 2020 ist mit einer Zunahme der Wohnungsbauinvestitionen um etwa 3,6% zu rechnen, wobei sich für das Jahr 2020 kalenderbereinigt eine Zunahme um 2,9% ergibt.

Die gewerblichen Bauinvestitionen werden in den kommenden Quartalen wohl mit einer im Vergleich zum Vorjahr etwas geringeren Dynamik expandieren. Vor allem im Hochbau, der den größten Teil des Wirtschaftsbaus ausmacht, dürfte die Dynamik schwach ausfallen; hierfür spricht, dass die Baugenehmigungen sowohl bei den Büro- und Verwaltungsgebäuden als auch bei den Handels- und Lagergebäuden seit Mitte des vergangenen Jahres eine rückläufige Tendenz aufweisen. Aus dem gewerblichen Tiefbau dürften zwar kräftigere Impulse kommen, wie die im Jahresverlauf 2018 merklich gestiegenen Auftragseingänge signalisieren, in denen unter anderem die Bauprojekte der Deutschen Bahn und der Ausbau des Breitbandnetzes enthalten sind; in der Summe reicht dies aber nicht, um die schwächere Entwicklung im Hochbau zu kompensieren. Die seit 2017 beobachtete starke Teuerung für gewerbliche Bauten dürfte zudem dämpfend wirken. Die Institute rechnen mit einem Anstieg der gewerblichen Bauinvestitionen im Jahr 2019 um 2,4% und im Jahr 2020 um 2,1% (kalenderbereinigt: 1,2%). Die jahresdurchschnittlichen Raten spiegeln dabei aber nicht die erwartete konjunkturelle Tendenz wider; die Verlaufsrate beträgt in diesem Jahr lediglich 1,5% und im kommenden Jahr 1,0%. Die öffentlichen Bauinvestitionen dürften im Prognosezeitraum robust expandieren. Bund, Länder und Gemeinden planen ihre Bauaktivitäten auszuweiten. Das kräftige Auftragsplus für Tiefbauten signalisiert dabei, dass vor allem in die Infrastruktur investiert wird; die Auftragseingänge im Hochbau stagnierten hingegen zuletzt. In den Jahren 2019 und 2020 wird die öffentliche Bautätigkeit voraussichtlich um 2,8% bzw. 2,6% steigen. Diese Expansion geht mit kräftigen Preissteigerungen einher. Bereits im Jahr 2018 ist der Deflator der öffentlichen Bauinvestitionen um 5,7% gestiegen, und er dürfte in den Jahren 2019 und 2020 um 6,2% und 5,1% zulegen.

Insgesamt rechnen die Institute mit einem Anstieg der Bauinvestitionen um 3,2% im Jahr 2019 und um 3,1% (kalenderbereinigt: 2,3%) im Jahr 2020. Ausweislich des kräftigen Preisauf-

triebs und der Umfragen zufolge sehr hohen Auslastung entwickelt sich die Bautätigkeit entlang der Kapazitätsgrenze.“

In den wirtschaftspolitischen Empfehlungen geht das Frühjahrsgutachten u.a. auf die Schuldenbremse bzw. die „Schwarze Null“ im Zusammenhang mit der konjunkturellen Abkühlung ein. Dabei wird davon abgeraten, zugunsten eines ausgeglichenen Bundeshaushalts auf sinnvolle Ausgaben etwa im investiven Bereich zu verzichten. Vielmehr lasse die Schuldenbremse ein strukturelles Defizit von 0,35% des BIP zu, das auch genutzt werden könne. Darüber hinaus plädieren die Gutachter für eine gezielte Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen am Standort Deutschland, z.B. durch steuerliche Entlastungen. Die von der Bundesregierung vorgelegte „Nationale Industriestrategie 2030“ wird in Teilen kritisch gesehen, etwa in Bezug auf die Förderung einzelner Industriezweige und Konzerne aus strategischen Gründen.

Der vollständige Wortlaut des Gutachtens kann im Internet auf den Seiten der beteiligten Institute abgerufen werden, z. B. unter <http://www.cesifo-group.de/de/ifoHome/facts/Fore-casts/Gemeinschaftsdiagnose/Archiv/GD-20190404.html>.